



THORSTEN FREI.

[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

in wenigen Tagen jährt sich die „Zeitenwende-Rede“ des Bundeskanzlers mit großen Ankündigungen für die Modernisierung der Bundeswehr angesichts des Einmarsches Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022.

Der Begriff war vom Kanzler gut gewählt, denn dieser bezog sich nicht nur auf den Überfall der Russen auf die Ukraine, sondern richtete sich auch auf die in der SPD vorherrschende Haltung zur Bundeswehr. Denn dieses ambivalente Verhältnis bestimmt schon seit Jahren das Abstimmungsverhalten im Bundestag. Vieles wurde blockiert, um die Bundeswehr zeitgemäß auszurüsten, etwa 2020 mit bewaffneten Drohnen. Nur so ist auch die zuletzt zögerliche und mit ständigen Ausflüchten begleitete Haltung der Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine zu verstehen. Das personifizierte Sinnbild dafür ist zum Jahresbeginn zurückgetreten. Doch der neue Verteidigungsminister, der anders als seine Vorgängerin, schon in den ersten Tagen mehr Interesse und Ahnung fürs Ministeramt vermuten lässt, wird es auch nach der jüngsten Leopard-II-Zusage weiterhin schwer haben, gegen die inneren Widerstände der SPD anzukämpfen. Die Salamtaktik der vergangenen Monate schadet dem Ansehen unseres Landes und sorgt für einen Riss in der Allianz der Unterstützer. Davon profitiert lediglich Präsident Putin.

Blickt man zudem auf den im Haushalt 2023 real gekürzten Wehretat und die minimalen Investitionen aus dem Bundeswehr-Sondervermögen in diesem Jahr wird die einst Willensstärke ausstrahlende Rede des Kanzlers am 27. Februar vollends zur Farce.

Herzlichst

FreiBrief aus Berlin

Februar 2023

## Ampel-Chaos geht auch 2023 weiter



Seit dem 1. Januar 2023 gilt die Steuerbefreiung für den Neubau von Photovoltaikanlagen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energiequellen weiter zu forcieren und die Abhängigkeit von fossilen Energiequellen zu reduzieren. Dieser Schritt ist nachvollziehbar und dürfte ein geeigneter Marktanreiz sein, weshalb wir ihn auch als Union im Bundestag begrüßt haben. Einmal mehr aber zeigt sich im Detail, gut gedacht ist eben noch lange nicht gut gemacht. Wieder einmal haben es SPD, Grüne und FDP geschafft, eine für die Menschen positive Maßnahme vollmundig anzukündigen, ohne dass es zeitgerechte und plausible Lösungen gibt. Das Bundesfinanzministerium hat es bis heute nicht geschafft, abschließende Regelungen zu erlassen und mit den zuständigen Ländern abzustimmen. Die Dummen sind in diesem Fall die Unternehmen, die solche Anlagen verkaufen und installieren, und selbstverständlich die Bürger, die eine solche Anlage in Aussicht auf den Steuererlass anschaffen wollen bzw. haben. Sie stehen mit vielen offenen Fragen und Unklarheiten im Regen. Die oft unausgegrenzte und zögerliche Politik der Ampel-Koalition sorgt für unnötige Unsicherheit in Krisenzeiten und verstärkt die Probleme, statt diese zu lösen. Das haben wir schon bei den verschiedenen Hilfspaketen gesehen, bei denen angekündigte Maßnahmen noch Monate auf sich warten ließen. Jüngstes Beispiel ist der Härtefallfonds für Öl- und Pelletheizungen, auf den viele Betroffene sehnsüchtig warten, ohne dass es irgendetwas Konkretes aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck gibt. Andere Länder sind uns immer wieder voraus, dabei sollte Deutschland den Anspruch haben, das Zugpferd in Europa zu sein. Aber nicht nur die mangelhafte Ausgestaltung von Hilfen in der Energiekrise sind ein großes Problem, sondern unverändert auch der Schlingerkurs in der Energiepolitik, der das Energieangebot künstlich verknappert,

dadurch die Kosten erhöht und auch immer mehr Unternehmen in Bedrängnis bringt. Dazu habe ich mich beispielsweise in der Stuttgarter Zeitung geäußert. [https://thorsten-frei.de/fileadmin/user\\_upload/20221222\\_StZtg\\_Frei\\_kritisiert\\_Ampel-Schlingerkurs\\_in\\_Energiepolitik.pdf](https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/20221222_StZtg_Frei_kritisiert_Ampel-Schlingerkurs_in_Energiepolitik.pdf)

## Generelles Feuerwerksverbot geht an eigentlichen Problemen vorbei

RHEINISCHE POST

### Bundestag soll Silvester-Krawalle aufarbeiten

**Exklusiv | Berlin** · Die Silvesterkrawalle werden auch den Bundestag beschäftigen. Das kündigt die Union an. Zugleich fordert Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) eine „vollkommen transparente“ Analyse, warum mancherorts die Integration gescheitert sei.

05.01.2023, 21:43 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



Mit dem Jahreswechsel ist erneut die Debatte um ein bundesweites Feuerwerksverbot aufgekeimt, nachdem in einigen Brennpunktvierteln deutscher Großstädte wieder einmal Chaoten Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr mit Böllern und anderen Feuerwerkskörpern angegriffen haben. Ein generelles Feuerwerksverbot geht völlig an den eigentlichen Herausforderungen vorbei. Deshalb lehne ich es ab. Maßstab für unsere freiheitliche Gesellschaft sind das Grundgesetz sowie der allgemeine Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Letzterem dürfte ein allgemeines Böllerverbot nicht standhalten. In diesem Sinne halte ich nichts von einer Verbotspolitik, die die Menschen in Deutschland unter Generalverdacht stellt. Schließlich besteht schon heute in allen Städten die Möglichkeit, Verbotszonen einzurichten. Als Gesellschaft können wir solche Gewaltexzesse gegen unsere Einsatzkräfte oder Privateigentum dennoch in keiner Weise tolerieren. Hier braucht es die volle Härte des Rechtsstaats. Empfindliche Freiheitsstrafen dürften eine spürbar

abschreckende Wirkung für die Zukunft haben. Wohin Milde und falsch verstandene Toleranz führen, haben wir am Silvesterabend gesehen. Die eigentlichen Probleme in manchen Problemvierteln setzen jedoch viel früher an. Hier sind die Landesregierungen gefordert, die aber besonders in Berlin das ganze Jahr über lieber wegschauen. Entscheidend ist der uneingeschränkte politische und gesellschaftliche Rückhalt für die Polizei sowie die Bereitschaft, Probleme und Personengruppen hinter der Gewalt offen anzusprechen, um gezielt und langfristig gegen Fehlentwicklungen anzugehen.

Zum Thema äußerte ich mich unter anderem in folgenden Medien:

**ZDF, „Berlin direkt“:** <https://www.zdf.de/politik/berlin-direkt/silvester-integration-vornamen-cdu-frei-100.html>

**T-Online:** [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100104984/spahn-gescheiterte-integration-fuer-silvesterkrawalle-mitverantwortlich.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100104984/spahn-gescheiterte-integration-fuer-silvesterkrawalle-mitverantwortlich.html)

### **Rücktritt von Lambrecht war überfällig**



Quelle: WELT

Der Rücktritt von Christine Lambrecht war nach einer ganzen Reihe von persönlichen Fehlern, ausbleibenden positiven Impulsen für die Bundeswehr sowie dem auch daraus folgenden fehlenden Rückhalt in der Truppe längst überfällig. Sie ist nie im Amt angekommen, hat mit der Truppe stets gefremdelt und lediglich abseits der Bundeswehr Schlagzeilen produziert. Obwohl die Bundeswehr mit Beginn des russischen Angriffskrieges massiv modernisiert werden soll, hat Lambrecht trotz des 100 Mrd. EUR schweren Sondervermögens kaum etwas erreicht. Dem neuen

Verteidigungsminister Boris Pistorius wünsche ich alles Gute für die großen Herausforderungen. Es ist schließlich im nationalen Interesse, dass er die Bundeswehr modernisiert und unsere Partner in der NATO nicht länger verprellt wie seine Vorgängerin. Dies wird aber nur gelingen, wenn er auch gegen Widerstände in der SPD und bei den Grünen signifikante Verbesserungen bei der Finanzierung der Bundeswehr, wie bei der Einrichtung des Sondervermögens auch mit uns als Union gemeinsam festgelegt, durchsetzt. Diese müsse sich insbesondere auch im regulären Wehretat zeigen, der in diesem Jahr sogar schrumpft, statt in Richtung 2% des BIP anzuwachsen, so wie im Rahmen unserer NATO-Mitgliedschaft zugesagt. Zudem darf Deutschland nicht länger als Bremse im Konzert der internationalen Partner der Ukraine auftreten, wenn es um zusätzliche Verteidigungswaffen sowie die geforderten Kampfpanzer gehe. Auch hier ist insbesondere der Verteidigungsminister gefordert, von vorn zu führen. In den Medien äußerte ich mich unter anderem gegenüber WELT TV oder NTV. Die jeweiligen Interviews können Sie hier nachschauen:

WELT TV:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/video243219733/Lambrecht-Ruecktritt-Thorsten-Frei-fordert-schnelle-Entscheidungen-vom-Bundeskanzler.html>

NTV:

<https://www.n-tv.de/mediathek/magazine/fruehstart/Deutschland-steht-allein-auf-weiter-Flur-article23849272.html>

### **SPD und Grüne müssen sich bei der Rente endlich ehrlich machen**



Die von der Bundesregierung eingesetzte Wirtschaftsweisen-Monika Schnitzer hat zu Beginn des Jahres unter anderem die Kopplung des Renteneintrittsalters an

die Lebenserwartung gefordert, um das System zu stabilisieren. Dieser Vorstoß ist von SPD und Grünen sofort mit der Aussage kassiert worden, dass es mit Ihnen weder Rentenkürzungen, Beitragssteigerungen

oder gar ein höheres Renteneintrittsalter geben werde. Diese Rechnung kann nicht aufgehen und die Menschen wissen das. Und wenn das Problem weiter ausgedehnt wird, wird es am Ende nur schlimmer. Unser Rentensystem droht wegen der demografischen Entwicklung zu kippen. Schon heute fließen jedes Jahr mehr als 100 Mrd. EUR Steuerzuschuss in die Rente, um das System am Laufen zu halten. Fast ein Drittel des Bundeshaushalts! Warum dies so ist, ist auch klar. Immer weniger junge Menschen kommen als Beitragszahler für immer mehr Rentenbezieher auf. Hinzu kommt eine konstant steigende Lebenserwartung. Im Schnitt 1,5 Jahre pro Jahrzehnt. Während die durchschnittliche Rentenbezugsdauer 1960 etwa 10 Jahre betrug, liegt sie heute schon bei 20 Jahren, obwohl die finanziellen Beiträge des Einzelnen in etwa gleich geblieben sind. Dass etwas passieren muss, ist unbestritten. Die Optionen sind unverändert begrenzt. Die wesentlichen drei Stellschrauben sind Beitragshöhe, Bezugsdauer respektive die Lebensarbeitszeit sowie die Höhe der Rentenzahlungen. Da es kaum eine Option ist, die Beiträge weiter zu erhöhen oder die Renten abzusenken, ist es richtig, über längere Arbeitszeiten gepaart mit einem flexibleren Rentenübergang nachzudenken. Nahezu jeder Wissenschaftler stützt diesen Ansatz.

### Landespolitik mit Guido Wolf im CDU-Kreisvorstand



Aktuelle Landespolitik aus der Sicht der CDU als Koalitionspartner stand im Blickpunkt der ersten Kreisvorstandssitzung der CDU Schwarzwald-Baar im neuen Jahr. Hierzu sprach Guido Wolf MdL in Donaueschingen über die Entwicklungen in Stuttgart. Die von ihm angesprochene Bildungspolitik, insbesondere die diskutierte Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9), sowie der akute Lehrermangel bestimmten neben den hohen Energie- und Baupreisen,

Landarztmangel oder Tendenzen zur Deindustrialisierung des Landes die anschließende Diskussion.

### Rede beim CDU-Wirtschaftsrat bei Holcim in Dotternhausen



Bei der ersten gemeinsamen Veranstaltung der CDU Wirtschaftsrat-Sektionen Balingen/Sigmaringen und Rottweil/Tuttlingen war ich als Gastredner zum Thema „Mittelstand in Not – Energiekrise und Deindustrialisierung Deutschlands“ im Museum „Werksforum“ des Zementwerks Holcim in Dotternhausen. Bei aller Robustheit der deutschen Wirtschaft war 2022 ein Jahr mit gewaltigen Herausforderungen, vor allem wegen der enorm teuren Energie. Ich betonte, dass es hier deutliche Entlastungen, etwa über eine längst fällige und von der SPD schon zu Zeiten der Großen Koalition immer blockierte Unternehmenssteuerreform bedarf, um konkurrenzfähig zu bleiben und ein Abwandern ins Ausland zu verhindern.

### Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg



Bei der alljährlichen Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg im Kloster Schöntal stand Ende Januar die Sicherheit unseres Landes im Mittelpunkt und hier die Rede und Diskussion von und mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Bruno Kahl, im Blickpunkt. Hier ging es angesichts der geopoliti-

schen Lage hauptsächlich um den Krieg in der Ukraine und die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste.

### Agrartag von Maschinenring und BLHV



Der Agrartag von BLHV und Maschinenring in Donaueschingen stellte nach zwei Jahren Corona-Pause mit 50 Ausstellern und vielen Besuchern wieder eindrücklich die Leistungsfähigkeit, aber auch die Bedeutung der Landwirtschaft in Deutschland heraus. Dies machte auch Bauernpräsident Joachim Rukwied in seiner Rede deutlich: Die Landwirtschaft gehe beim Klimaschutz, der Biodiversität oder Pflanzenschutz mit, aber dies müsse sich für den Landwirt auch rechnen. Letzteres sei aber das noch zu lösende Problem. Die Wertschätzung für die Produkte müsse sich innerhalb der Bevölkerung ändern.

### Neujahrsempfang in Wolfach



Am Dreikönigstag war Thorsten Frei beim Neujahrsempfang in Wolfach. „Es ist beeindruckend, mit welchem Tatendrang zukünftige Projekte hier vorangetrieben werden“, sagte Frei in seinem Grußwort. So soll bis 2026 ein Teil der Herlinsbachschule kernsaniert und die Stadt an das Breitbandnetz angeschlossen werden. Hierfür werden mehr als 20 Millionen Euro investiert. Aber bei all dem Geld, das eine Stadt ausgeben kann, braucht es auch das bürgerschaftliche Engagement der Einwohner. Mit 89 Vereinen ist die Basis in der Stadt herausragend. Außerdem gratulierte Thorsten Frei dem am 9. Oktober mit 76,88 Prozent der Bürgerstimmen wiedergewählten Bürgermeister Thomas Geppert: „Wenn man zum ersten Mal gewählt wird, dann ist das ein Vertrauensvorschuss der Bürger, die Wiederwahl ist das Zeugnis guter Arbeit und auf dieses kann Thomas Geppert bei zwei guten Gegenkandidaten sehr stolz sein.“

### Pflegeberuf muss wieder attraktiver werden



Mit Yasmin Merz, Geschäftsführerin des Pflegedienstes "Pflege & mehr" in Tuningen, habe ich mich über die Personalsituation in der Pflege ausgetauscht und auch über Möglichkeiten gesprochen, die Arbeit in der Pflege attraktiver zu machen. Die Dienste an Sonn- und Feiertagen locken ohne Anreize niemanden in die Pflege, meinte die Unternehmerin. Sie denkt an mehr Entgelt für die Arbeit in diesen Sonderzeiten. Ich betonte im Gespräch, dass mehr Geld letztlich auch höhere Beiträge für die Bürger bedeuten würden, umgekehrt ist natürlich richtig, dass die Arbeit mehr wertgeschätzt und besser vergütet werden sollte und wohl muss, um den sich aktuell verschärfenden Engpass auflösen zu können. Schließlich steigt

der Bedarf an Personal angesichts der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren. Recht einfach wäre aus meiner Sicht schon heute, Pfleger, die vor dem Wechsel in den Ruhestand stehen, länger im Beruf zu halten, wenn diese es wollen und sich die Arbeit auch steuerlich betrachtet für sie lohnen würde.

### Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Freitag, 3. Februar, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!






#### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73 972  
Fax: (030) 227 76 972

#### Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Tel.: (07721) 99 535 44  
Fax: (07721) 99 535 45

 [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)  
 [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)  
 ThorstenFreiCDU  
 thorsten.frei  
 Thorsten Frei